

Pressemitteilung: 14 281-200/26

Staatsverschuldung Österreichs im 1. Halbjahr 2026 erneut gestiegen

Schuldenstand Ende Juni 2026 bei 438,9 Mrd. Euro

Wien, 2026-09-30 – Die Staatsverschuldung am Ende des 1. Halbjahres 2026 betrug laut vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria 438,9 Mrd. Euro und war damit um 20,5 Mrd. Euro höher als zu Jahresende 2025. Die Schuldenquote – das Verhältnis der Staatsschulden zur nominellen Wirtschaftsleistung – stieg von 80,7 % auf 83,6 %. Das öffentliche Defizit lag im 1. Halbjahr 2026 bei 11,1 Mrd. Euro bzw. 4,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

„In der ersten Jahreshälfte 2026 sind die Staatseinnahmen Österreichs um 4,2 % auf 129,7 Mrd. Euro gestiegen – stärker als die Staatsausgaben mit einem Plus von 1,9 % auf 140,9 Mrd. Euro. Verglichen mit dem 1. Halbjahr 2025 sind sowohl die Ausgaben für Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst als auch für monetäre Sozialleistungen weniger stark gewachsen. Da die Staatsausgaben insgesamt weniger stark zulegten als die Einnahmen konnte das Defizit des Staates von 13,7 Mrd. Euro im 1. Halbjahr 2025 auf aktuell 11,1 Mrd. Euro verringert werden. Mit 4,3 % des BIP bleibt das Defizit jedoch weiter hoch“, sagt Manuela Lenk, fachstatistische Generaldirektorin von Statistik Austria.

Staatseinnahmen im 1. Halbjahr 2026 stärker gestiegen als die Ausgaben

Die Staatseinnahmen stiegen im 1. Halbjahr 2026 im Vergleich zum 1. Halbjahr 2025 um 4,2 % bzw. um 5,2 Mrd. auf 129,7 Mrd. Euro. Rund 85,7 % der gesamten Staatseinnahmen entfielen auf Steuern und Sozialbeiträge. Während sich die Steuereinnahmen in der 1. Jahreshälfte 2026 (+3,2 %) schwächer entwickelten als im 1. Halbjahr 2025, verzeichneten die Einnahmen aus Sozialbeiträgen weiterhin einen kräftigen Zuwachs (+5,3 %). Die moderatere Entwicklung der Steuereinnahmen ist insbesondere auf den geringeren Zuwachs bei den Lohnsteuereinnahmen (+3,1 %) zurückzuführen. Darüber hinaus gingen die Einnahmen aus den Energieabgaben und aus der Mineralölsteuer zurück.

Für Mehreinnahmen sorgten im 1. Halbjahr 2026 sowohl die Produktionserlöse des Staates mit +5,4 % als auch die Vermögenseinkommen mit +14,4 %, darin sind unter anderem Einnahmen aus Zinsen und Dividenden enthalten. Die laufenden Transfers gingen hingegen zurück.

Staatsausgaben im 1. Halbjahr 2026 um 1,9 % gestiegen

Die Staatsausgaben erhöhten sich im 1. Halbjahr 2026 im Vergleich zum 1. Halbjahr 2025 um 1,9 % bzw. 2,7 Mrd. Euro auf 140,9 Mrd. Euro. Der Anstieg ist damit substanziell geringer als im 1. Halbjahr 2025 und im 1. Halbjahr 2024. Sowohl die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst, mit einer Steigerung um 1,3 %, aber auch die monetären Sozialleistungen mit einem Anstieg von 2,7 %, und hier vor allem die niedrigeren Ausgaben für Pensionen, bremsten das Wachstum der Ausgaben merklich.

Die Subventionen blieben allerdings mit 3,9 Mrd. Euro auf einem vergleichbaren Niveau wie im 1. Halbjahr 2025. Die Zinsausgaben stiegen weiterhin und machten im 1. Halbjahr 2026 in Summe 4,3 Mrd. Euro aus.

Öffentlicher Schuldenstand Ende Juni 2026 bei 438,9 Mrd. Euro

Der größte Anstieg des öffentlichen Schuldenstands entfiel auf den Bundessektor, wo Verbindlichkeiten in Höhe von 20,5 Mrd. Euro hinzukamen, um vor allem das laufende Defizit in Höhe von 12,2 Mrd. Euro abzudecken. Gleichzeitig wurde im Bundessektor aber auch vorsorglich ein größerer Liquiditätsbestand als noch im 1. Halbjahr 2025 aufgebaut. Neben der anhaltenden Investitionstätigkeit hatte der Bund aufgrund erhöhter innerstaatlicher Transfers in der ersten Jahreshälfte 2026 höhere Ausgaben, gleichzeitig hatten der Landes- und der Gemeindesektor höhere Einnahmen.

Der Landessektor verzeichnete auch dadurch im 1. Halbjahr 2026, wie schon ein Jahr zuvor, einen Überschuss. Dieser betrug rund 0,9 Mrd. Euro. Im 1. Halbjahr ergibt sich aufgrund höherer Einnahmen aus innerstaatlichen Transfers, denen erst zu einem späteren Zeitpunkt Ausgaben gegenüberstehen, tendenziell ein Überschuss. Trotz des Überschusses kam es im Landessektor insgesamt zu einem leichten Anstieg der Schulden in Höhe von 0,2 Mrd. Euro.

Der Gemeindesektor erhöhte seine Verbindlichkeiten um 1,7 Mrd. Euro, hauptsächlich um das laufende Defizit von –1,4 Mrd. Euro zu finanzieren. Innerhalb dieses Teilsektors entfällt der größte Teil des Schuldenanstieg auf die Stadt Wien einschließlich ihrer außerbudgetären Einheiten, deren Verschuldung um 1,4 Mrd. Euro zunahm. Insgesamt fällt das Defizit in diesem Teilsektor aber geringer aus als im 1. Halbjahr 2025.

Im Gegensatz dazu reduzierten sich im Sozialversicherungssektor die Verbindlichkeiten. Hier kommt es durch kurzfristige Finanzierungen regelmäßig zu starken unterjährigen Schwankungen. Somit gibt es vorläufig auch einen Überschuss im 1. Halbjahr 2026 von 1,5 Mrd. Euro. Dabei zeigen sich unter anderem die Effekte der Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionist:innen im Vergleich zu 2025.

Nach der Art der Verschuldung aufgeteilt entfielen vom Schuldenstand am 30. Juni dieses Jahres 391,4 Mrd. Euro auf Anleihen, 45,4 Mrd. Euro auf Kredite und 2,1 Mrd. Euro auf Einlagen.

Detaillierte Ergebnisse bzw. weitere Informationen zu den öffentlichen Finanzen finden Sie auf unserer [Website](#).

Tabelle 1: Staatseinnahmen und Ausgaben des Sektors Staat im 1. Halbjahr 2023–2026

	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2024	1. Halbjahr 2025	1. Halbjahr 2026
Staatseinnahmen in Mrd. Euro	113,3	119,9	124,5	129,7
davon				
Steuereinnahmen	60,5	62,8	65,6	67,7
Sozialbeiträge	36,2	39,1	41,2	43,4
Produktionserlöse	10,6	11,4	11,7	12,4
Sonstige	6	6,7	6	6,2
Staatsausgaben in Mrd. Euro	120,5	131,3	138,2	140,9
davon				
Sozialleistungen	53,9	59,3	63,4	65,5
davon monetäre Sozialleistungen	43,8	48,1	51,4	52,8
Personalaufwand	25,1	27,7	29,3	29,7
Sachaufwand	15,5	16,4	16,7	17,5
Subventionen	4,9	4,3	4	3,9
Investitionen	7,5	8,4	8,1	8,9
Zinsausgaben	2,5	3,4	3,9	4,3
sonstige	11,1	12	12,9	11
Defizit/Überschuss in Mrd. Euro	–7,2	–11,4	–13,7	–11,1

Q: STATISTIK AUSTRIA, Öffentliche Finanzen. – Berechnungsstand: 30.09.2026. – Rundungsdifferenzen werden nicht ausgeglichen.

Tabelle 2: Vierteljährlicher öffentlicher Schuldenstand, nach Teilsektoren des Staates, Vergleich Ende 2. Quartal 2026 und 4. Quartal 2025

Teilsektoren des Staates	in Mrd. Euro		in % des BIP	
	Q4/2025	Q2/2026	Q4/2025	Q2/2026
Staat insgesamt	418,4	438,9	80,7	83,6
Bundessektor	358,7	379,1	69,2	72,2
Landessektor	31,4	31,7	6,1	6,0
Gemeindesektor	26,9	28,6	5,2	5,5
Sozialversicherungssektor	1,4	-0,6	0,3	-0,1

Q: STATISTIK AUSTRIA, Öffentliche Finanzen. – Berechnungsstand: 30.09.2026. – Rundungsdifferenzen werden nicht ausgeglichen.

Informationen zur Methodik, Definitionen:

Der **öffentliche Schuldenstand** wird in der EU-Verordnung Nr. 220/2014 definiert. Anknüpfungspunkt für die Klassifikationen in dieser EU-Verordnung ist dabei das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010, EU-Verordnung Nr. 549/2013). Die einzelnen Teilsektoren des Staates umfassen die Gebietskörperschaften (Kerneinheiten) sowie die ihnen zugeordneten ausgegliederten Einheiten und Kammern.

Die **Staatseinnahmen und -ausgaben** werden nach dem ESGV 2010 kategorisiert. Das **öffentliche Defizit** bzw. der **öffentliche Überschuss** ergeben sich aus der Differenz von Staatseinnahmen und Staatsausgaben. Die angeführten Staatseinnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen beinhalten auch jene veranlagten Steuern und Sozialbeiträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist.

Da bei der Berechnung des öffentlichen Schuldenstands die Forderungen gegenüber anderen staatlichen Stellen abgezogen werden (intergovernmentale Forderungen bzw. konsolidierte Darstellung), sind bei der Interpretation der Veränderung des Schuldenstands sowohl die Entwicklung der Verbindlichkeiten als auch der intergovernmentalen Forderungen zu berücksichtigen. Das gilt sowohl für den Staat insgesamt als auch für die Beiträge der einzelnen Teilsektoren zum öffentlichen Schuldenstand.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und daher auch das öffentliche Defizit unterliegen regelmäßigen Revisionen. Bei der Publikation der vorläufigen Ergebnisse am 31. März liegen vorläufige Daten von Bund, Ländern, Gemeinden, Sozialversicherung und großen außerbudgetären Einheiten vor. Für die Publikation der endgültigen Ergebnisse am 30. September fließen endgültige Daten der staatlichen Einheiten in die Statistik ein.

Im Vergleich zu den vorläufigen Ergebnissen für das Berichtsjahr 2025, publiziert am 31. März 2026, wurde das öffentliche Defizit um +0,09 Mrd. Euro. von -21,5 Mrd. Euro. auf -21,4 Mrd. Euro revidiert.

Wer ist Statistik Austria?

Statistik Austria ist die zentrale Stelle für amtliche Daten und Statistiken zu Gesellschaft, Wirtschaft, Staat und Umwelt in Österreich. Als nationales Statistikinstitut ist sie den gesetzlich verankerten Grundsätzen der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit und der Objektivität verpflichtet. Geleitet wird Statistik Austria von der fachstatistischen Generaldirektorin Manuela Lenk und dem kaufmännischen Generaldirektor Franz Haslauer.

Rückfragen:

Für Informationen zu Ergebnissen und Methodik wenden Sie sich bitte an:

Lukas Dörfler, Tel.: +43 1 711 28-7816, E-Mail lukas.doerfler@statistik.gv.at

Kerstin Gruber, Tel.: +43 1 711 28-7875, E-Mail kerstin.gruber@statistik.gv.at

Philipp Haunschmid, Tel.: +43 1 711 28-7419, E-Mail philipp.haunschmid@statistik.gv.at

Für Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle: presse@statistik.gv.at

Medieninhaberin, Herstellerin und Herausgeberin:

STATISTIK AUSTRIA | Bundesanstalt Statistik Österreich | Guglgasse 13 | 1110 Wien | www.statistik.at

Pressestelle: Tel.: +43 1 711 28-7777 | E-Mail: presse@statistik.gv.at

© STATISTIK AUSTRIA

Alle Rechte sind der Bundesanstalt Statistik Österreich vorbehalten. Eine Weiterverwendung ist bei Quellenangabe und korrekter Wiedergabe gestattet.